

digkeit einer „relecture“ der päpstlichen Bulle „Apostolicae Curae“, in der Leo XIII. die anglikanischen Weihen für null und nichtig erklärt hatte.

Drittens haben die anglikanischen Bischöfe selbst auf dieser Lambeth-Konferenz den Teilkirchen nicht nur Verschiedenheit zugestanden, sondern auch Maßnahmen in Richtung größerer Einheit eingeleitet, was ökumenisch nicht unerheblich ist. Die Konferenz sprach sich für eine einheitliche Gestalt der Eucharistiefeier und für ein gemeinsames Lektionar aus, beschloß die Errichtung einer interanglikanischen Kommission für Fragen der Lehre und Theologie und initiierte eine Konferenz der 25 Primaten der Teilkirchen, die alle zwei Jahre tagen soll. Neben dem synodalen (vertreten im Anglican Consultative Council) findet somit auch das episkopale Element der Kirchenstruktur eine die Teilkirchen übergreifende Institutionalisierung. Zwar bleibt die Entscheidungsvoll-

macht bei den Teilkirchen, aber die gesamtkirchliche Perspektive erhält mehr Gewicht.

Und schließlich: die Tatsache, daß die anglikanischen Bischöfe korporativ an einem – auf Vorschlag von Erzbischof Coggan – von den katholischen Beobachtern zelebrierten Requiem für den verstorbenen Papst Paul VI. teilgenommen haben (vgl. HK, September 1978, S. 480), ist ein so starkes Zeichen für den Willen zur anglikanisch-katholischen Ökumene, daß nur Defaitisten deren Ende wegen der Kontroversen um die Frauenordination befürchten können. Neue Schwierigkeiten könnten allerdings bevorstehen, wenn anglikanische Kirchen – wie es die Church of England anstrebt – in organische Union mit protestantischen Freikirchen treten. Anglikanisch-katholischen Kommissionen wird jedenfalls der Gesprächsstoff so schnell nicht ausgehen.

H.G.K.

Bürgerkrieg im mittelamerikanischen Nicaragua

In Nicaragua haben sich die Kämpfe zwischen Aufständischen und der Nationalgarde Präsident Somozas zu einem blutigen Bürgerkrieg ausgeweitet. Die Zahl der Opfer auf beiden Seiten geht in die Hunderte. General Somoza versucht, mit Luft- und Panzerangriffen und mit Massenverhaftungen Herr der Lage zu bleiben. Die schlecht bewaffneten Aufständischen, darunter viele Jugendliche, wollen nach letzten Nachrichten aus Nicaragua ebenso wie die mit Söldnern angereicherte Nationalgarde bis zur Vernichtung des Gegners kämpfen. Die Kirche des Landes sucht zu vermitteln, stellt sich aber immer deutlicher gegen das Regime. Eine Ausweitung des Bürgerkrieges ist zu befürchten, falls die Nachbarstaaten oder die Vereinigten Staaten in die Auseinandersetzungen eingreifen. Noch Ende Juli hatte *Anastasio Somoza Debayle*, Präsident der mittelamerikanischen Republik Nicaragua, erklärt, er werde keinesfalls vor Ablauf seiner Amtszeit im Jahre 1981 zurücktreten. So müsse sich die Bevölkerung

auf „ein gewisses Maß an Gewalttätigkeit“ einstellen, da er den Rücktrittsforderungen der Opposition mit aller Entschlossenheit entgegentreten werde. Sechs Wochen später brach in dem 2,3 Millionen Einwohner zählenden Land der Bürgerkrieg aus. Das Ziel der Guerilla-Organisation „Sandinistische nationale Befreiungsfront“ (FSLN): die Entmachtung der seit 1934 diktatorisch herrschenden Familie Somoza.

Somozas Weg in die Isolation

Die bisher schwerste Krise des Regimes begann mit der Ermordung des gemäßigten Oppositionsführers *Pedro Joaquín Chamorro* am 10. Januar dieses Jahres. Von diesem Zeitpunkt an verlagert sich das politische Gewicht der drei die Geschicke des Landes bestimmenden Größen: der Regierung Somoza, der linksgerichteten Opposition und des traditionellen Alliierten USA.

Somoza hatte auf die auch in den Provinzen erstarkende Guerilla mit der Ausrufung des Kriegsrechts reagiert, einer Maßnahme, die er im September 1977 unter dem Druck der Carter-Administration rückgängig machte. Es folgten wortreiche Ankündigungen einer Liberalisierung des Regimes, etwa im Bereich der Massenmedien, und das Angebot, in einen Dialog mit der Opposition einzutreten. Der Tod Chamorros, in dem auch bürgerliche Kreise einen geeigneten Nachfolger für Somoza sahen, verschärfte die Fronten, zumal sich hartnäckig das Gerücht hielt, Somozas ältester Sohn Anastasio, einer der Hardliner der Familie, sei an dem Mord beteiligt gewesen. Demonstrationen in Managua und mehreren Provinzstädten veranlaßten den Präsidenten, eine offizielle Untersuchung des Mordfalles anzuordnen, die erwartungsgemäß ohne Ergebnis blieb. Der somit innen- und außenpolitisch geschickt taktierende General hat in den letzten Jahren auch bei der Oberschicht des Landes an Rückhalt verloren. Schuld daran war das ständig wachsende Wirtschaftsimperium der Familie Somoza, deren beiden Präsidentensöhnen nachgesagt wird, sie liebten ihr Land so, daß sie es Stück für Stück aufkauften. Der Diktator gewinnt seinem ungeheuren Reichtum an Ländereien und Fabriken auch noch eine sozial-wohlthätige Seite ab, indem er gelegentlich darauf verweist, daß er vielen seiner Landsleute Arbeit gegeben habe.

Nach dem erfolgreichen Angriff der Sandinistas auf den Nationalpalast von Managua am 25. August kursierte das Gerücht, Somoza wolle zurücktreten oder sich zumindest ins Ausland absetzen. Wachsender Widerstand auch in der 7500 Mann starken Nationalgarde, einer aus den Zeiten der amerikanischen Besatzung stammenden Kombination von Polizei und Wehrmacht, ließ das Ausmaß der Isolation des Diktators offenbar werden. Die freimütig veröffentlichten Reisepläne bedeuteten jedoch nicht Resignation und Flucht vor dem Gegner; Somoza provozierte mit ihnen einen Putschversuch der Nationalgarde, ließ 40 Offiziere sowie mehr als 70 Soldaten und

Zivilisten festnehmen und teilte mit, er werde im Land bleiben, um es vor dem Chaos zu bewahren.

Dem seit Ende August andauernden Generalstreik begegnete Somoza mit der Ausrufung des Wirtschaftsnotstandes, der den freien Handel einschränkt und damit Preiserhöhungen verhindert. Nach einigem Zögern verhängte er am 13. September das Kriegsrecht; der Guerilla-Kampf war im ganzen Land ausgebrochen, die brutal agierende, schwerbewaffnete Nationalgarde hatte sie nicht wie vorgesehen im ersten Ansturm zerschlagen können.

USA: Somoza gegen ein zweites Kuba

So wenig existenzgefährdend der mittelamerikanische Diktator bisher die Opposition im eigenen Land – und sei sie auch bewaffnet – einschätzte, so lebensnotwendig braucht er die Unterstützung der Vereinigten Staaten, deren treuester lateinamerikanischer Vassal er ist. Die USA, die zweite für die politische Zukunft Nicaraguas entscheidende Größe, reagierten zunächst mit Schweigen auf die explosive innenpolitische Entwicklung in Nicaragua. Nach dem Rückzug der amerikanischen Besatzungstruppen Anfang der dreißiger Jahre hatten die USA dem Garanten für Law and Order, Anastasio Somoza I., über wirtschafts- und finanzpolitische Kanäle jahrzehntelang jegliche Unterstützung angedeihen lassen, ohne sich um mehr zu kümmern als die Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen zum beiderseitigen Vorteil und die Ausbildung bzw. Ausrüstung der Nationalgardisten Somozas. Das änderte sich mit dem Amtsantritt Präsident Carters. Wie in anderen lateinamerikanischen und außeramerikanischen Ländern versuchte er auch in Nicaragua, mittels Androhung ökonomischer und verteidigungspolitischer Sanktionen seine Menschenrechtspolitik durchzusetzen. Somozas eiserner Antikommunismus allein stellte Washington nicht mehr zufrieden. Es folgten einige artige Gesten des Diktators: So ließ er im Juni dieses Jahres die „Gruppe der zwölf“, gemä-

ßigte Oppositionspolitiker, aus dem Exil nach Nicaragua zurückkehren. Andererseits gingen die Vereinigten Staaten aufgrund starker Widerstände im Kongreß nicht so weit, diese gemäßigte Opposition zu unterstützen und damit einen möglicherweise friedlichen Machtwechsel vorzubereiten. Offenbar setzte Washington auch dann noch auf Somoza, als sich im Frühsommer Regimegegner und Nationalgardisten bereits auf offener Straße bekämpften und die Guerilla-Anschläge sich häuften. So wurde Anfang August ein Schreiben Carters bekannt, in dem er Somoza für seine Zusicherung dankt, die Menschenrechte in Nicaragua einzuhalten.

Die immer latent vorhandene Angst vor einem zweiten Kuba wird die Vereinigten Staaten bewogen haben, den Diktator bis weit in die erste Phase des Bürgerkriegs hinein gewähren zu lassen, um dann über diplomatische Kanäle erste Zweifel an der Fähigkeit Somozas zu äußern, die kleine mittelamerikanische Republik vor der Machtübernahme durch linksextreme Kräfte bewahren zu können. Präsident Somoza kündigte daraufhin seinerseits an, er werde sich von der „linksgerichteten Regierung des Präsidenten Carter“ nicht aus dem Amt vertreiben lassen (FAZ 4.9.78). Man kann wohl davon ausgehen, daß die in den letzten 50 Jahren in Nicaragua stets präsenten Amerikaner durch ihr Schweigen und Zögern die blutige Konfrontation Guerilla-Nationalgarde eher noch begünstigt und die gewaltlose Opposition durch Ignorieren geschwächt haben.

Opposition aus Bürgerlichen und Guerrilleros

„Das Regime Somoza stirbt langsam, weil die Opposition keinen Führer hat.“ Dieses lancierte Zitat aus der Somoza-eigenen Zeitung „Novedades“ (28.8.78), das die Gegner des Generals aus der Reserve locken sollte, ist ein Beispiel für den virtuosen Umgang des nicaraguanischen Alleinherrschers mit der Opposition. Diese kämpft seit Beginn der Auseinandersetzungen mit

ungleichen Waffen. Außenpolitisch isoliert, stehen Konservative, Christdemokraten und Liberale, die das Dialogangebot Somozas angenommen hatten und den parallel angezettelten Mord an Chamorro als Betrogene ohnmächtig hinnehmen mußten, zwischen den Fronten. Somoza hatte sich in diesem Jahr wiederholt mit Verachtung darüber geäußert, daß die Opposition zu Teilen aus Somoza-Neidern bestehe. Tatsächlich hatte sich das reiche Bürgertum aus Angst vor einer linksgerichteten Regierung und der dann drohenden Umverteilung des Besitzes in eine Scheinopposition begeben, in der auch von Teilen der Nationalgarde gehegten Hoffnung, es könne auch ohne die Somozas alles beim alten bleiben.

Die solchermaßen paralyisierte Opposition lehnte auch nach Ausbruch der blutigen Kämpfe die Beteiligung der Sandinistas an einer neuen Regierung ab. Diese Guerilla-Organisation griff mit der spektakulären Geiselnahme von Managua nicht zum ersten Mal in das politische Geschehen Nicaraguas ein. Nach Cesar Sandino benannt, der bis zu seiner Ermordung durch Killer des ersten Präsidenten Somoza im Jahre 1934 gegen die amerikanische Vorherrschaft in Nicaragua kämpfte, war die FSLN 1962 von dem Studenten Carlos Fonseca Amador gegründet worden. Nach vereinzelt militärischen Aktionen gaben die Sandinistas den Guerilla-Kampf auf und schufen sich in jahrelanger engagierter Sozialarbeit unter Bauern und Arbeitern eine breitere Basis in der Bevölkerung. Seit 1974 nahmen die Guerilla-Aktivitäten der Sandinistas wieder zu. 1971 hatte Somoza fast die gesamte Führung der FSLN verhaften lassen. Fonseca und fünf weitere führende Sandinisten wurden 1976 getötet. Im Oktober 1977 bekannte sich der katholische Priester und Dichter Ernesto Cardenal offen zur FSLN und ging ins Exil. Dem Höhepunkt der Guerilla-Entwicklung, der für Somoza demütigenden Geiselnahme und der am 9. September gestarteten Großoffensive ging eine langfristige strategische Ausweitung der Guerilla-Stützpunkte über das ganze Land sowie eine intensive Anti-

Somoza-Kampagne im Ausland voraus. Die ideologische Führung der Sandinistas versteht sich als sozialistisch, ließ sich in den vergangenen Jahren aber auch von dem „Konzept“ der revolutionären Geduld“ des Brasilianers Paulo Freire inspirieren. Mitte September vollzog sich innerhalb der FSLN eine Radikalisierung und Brutalisierung der Kampfhandlungen; das harte Durchgreifen der Nationalgardisten hat bewirkt, daß die Aufständischen breite Unterstützung und großen Zulauf aus der Bevölkerung erhalten. Die „Gruppe der 12“, bestehend aus Ärzten, Schriftstellern, zwei Priestern und Intellektuellen aus anderen Berufszweigen, wird – so hoffen viele in Nicaragua – die nächste Regierung bilden, eine „nationale, sandinistische Regierung, für die wir kein

Modell zu importieren brauchen“, wie der Sprecher der Gruppe, der Schriftsteller Sergio Ramírez erklärte.

Kirche fordert den Rücktritt

Der in der Geiselaktion von Managua als Vermittler tätige Erzbischof der Hauptstadt, *Miguel Obando*, hatte im August beide Seiten vergeblich aufgefordert, durch Verhandlungen ohne Blutvergießen zu einer gewaltlosen Lösung zu gelangen. Mit dem Priesterрат seiner Diözese hatte sich der Erzbischof öffentlich für den Rücktritt Somozas ausgesprochen: „Der gegenwärtige Regierungschef sollte seinen Rücktritt in die politischen Pläne über beiderseitige Konzessionen einbezie-

hen, um so eine von allen Bürgern Nicaraguas getragene nationale Regierung zu ermöglichen. Dies werde verhindern, daß das Land in ein Machtvakuum und in die Anarchie fällt“ (NC New Service 10. 8. 78). Nicaragua drohe Vernichtung durch Brudermord, hieß es in der Stellungnahme der Erzdiözese weiter. Am 2. August hatten die sechs Bischöfe des Landes alle Beteiligten aufgerufen, der Gewalt und der Unterdrückung ein Ende zu setzen, die „die endlose Zahl von Verwundeten, Verhafteten, Gefolterten und Vermißten täglich steigert“. Ein Regierungssprecher bezeichnete die kirchliche Stellungnahme als „Anzeichen dafür, daß die Kirche einen Dialog zwischen Regierung und Opposition zur Lösung der Krise sucht“ (id). G. B.

Interview

Judentum im Gespräch

Ein Interview mit Prof. Jakob J. Petuchowski über Perspektiven des christlich-jüdischen Dialogs

Voraussetzung für eine Intensivierung des christlich-jüdischen Gesprächs ist, daß sich auf beiden Seiten die Informationslage in bezug auf das jeweilige Selbstverständnis verbessert. Zu schnell kommt man oft zu den kontroversen oder auch gemeinsamen Punkten, ohne sich gegenseitig erst einmal richtig zugehört zu haben. Zudem bekommt das Gespräch dadurch eine gewisse Schlagseite, daß jüdischerseits fast nur israelische Positionen zu Wort kommen, wogegen das starke religiös-lebendige Judentum außerhalb Israels, insbesondere in den USA, praktisch übersehen wird. Das folgende Gespräch geht von der Frage aus, wie sich das Judentum im Lichte seiner Tradition in der Gegenwart versteht, um über die Frage nach der Bedeutung des Gelobten Landes für einen außerhalb Israels lebenden Juden zu Voraussetzungen und Zukunftsaussichten des christlich-jüdischen Dialogs zu kommen. Prof. Jakob J. Petuchowski, 1925 in Berlin geboren und seit 1939 zuerst in England, dann in den USA lebend, ist Rabbiner reformierter Richtung, lehrt jüdische Liturgie und Theologie am Hebrew Union College in Cincinnati und zählt zu den bedeutendsten zeitgenössischen jüdischen Theologen. Er

*veröffentlichte in jüngster Vergangenheit u. a.: *Understanding Jewish Prayer* (1972; deutsch: *Beten im Judentum*, 1976); *Theology and Poetry* (1978) sowie zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden. – Gesprächspartner war Hans Georg Koch.*

HK: Herr Professor Petuchowski, in der Konkurrenz, die es heutzutage zwischen Religionen und anderen Sinnsystemen gibt, sind diese Religionen und Sinnsysteme verstärkt nach ihrer eigenen Identität gefragt. Je spürbarer diese Konkurrenz wird, desto mehr ist die Frage virulent, was denn nun den Juden zum Juden und den Christen zum Christen, oder was den Marxisten zum Marxisten macht usw. Nun scheint es ja der Jude zunächst relativ leicht zu haben, insofern er sagt, Jude ist, wer von einer jüdischen Mutter geboren ist. Das liegt auf einer vergleichbaren Ebene, wie wenn der Christ sagt, Christ sei der, der getauft ist. Aber das heißt hier wie dort vielleicht noch nicht allzuviel. Gibt es nicht trotz der anscheinend klaren Auskunft auch für den Juden Probleme, seine Identität zu definieren, und welche Rolle spielt dabei die religiöse Dimension?